



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Kein verstärkter Markenschutz trotz Swissness-Vorlage
Für Rückfragen	Beat Flach, Nationalrat, +41 79 402 91 12
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	15. März 2012

Grünliberale enttäuscht über die heutige Debatte – die einmal mehr nicht im Sinne der Schweizer KMU verlaufen ist

Die heute im Nationalrat diskutierte Swissness-Vorlage ist in der Debatte zu einem Konsumentenschutz bzw. Agrarsubventionsinstrument verkommen. Die Grünliberalen hätten gerne der Marke „Schweiz“, und damit den Schweizer KMU mit einem verbesserten Klagerecht in der internationalen Rechtsprechung, zu einer Verstärkung der Markenrechte verholfen. Leider haben die rechte wie die linke Ratshälfte lieber Partikularinteressen vertreten.

Dass «Schweiz» drin sein soll, wo «Schweiz» draufsteht, war heute im Nationalrat unbestritten. Wie viel % Schweiz diesem Grundsatz genüge, wurde indes heftig diskutiert. Geht es nach dem Nationalrat, genügen bei Lebensmitteln wie bei Industriegüter 60%.

Ob mit der Festlegung eines Prozentsatzes, gültig für alle Branchen, der Schweizer Wirtschaft wirklich geholfen wird, wagen die Grünliberalen zu bezweifeln. Bei allem Schutz der Marke, ist es den Grünliberalen wichtiger, dass die heutige Flexibilität der einzelnen Branchen, die teilweise nach komplett anderen Marktregeln funktionieren, bei der Verwendung der Angabe „Schweiz“ bewahrt wird. Dies wird wohl dazu führen, dass pro Branche bedürfnisgerechte Verordnungen zu erlassen sind.

Die vorgeschlagenen Änderungen am Markenrecht wie beispielsweise die Schaffung einer Garantimärke sollten eigentlich dazu verhelfen, dass in künftigen, internationalen Klagen die Rechte an der Marke „Schweiz“ besser durchsetzbar werden. Nur so kann die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Unternehmen gewährleistet werden. Nur so kann der konstant zunehmenden, missbräuchlichen Verwendung des Labels „Swiss Made“ Einhalt geboten werden. Dass die heutige Markenschutz-Debatte von Vertretern der rechten und linken Ratsseite missbraucht wurde, um einmal mehr Politik für ihre Interessen zu machen, erstaunt zwar nicht. Die unheilige Allianz schadet aber hier klar der Schweizer Wirtschaft.

„Letztlich geht es um den guten Ruf der Schweizer Produkte im internationalen Umfeld“, bekräftigt Beat Flach die Haltung der grünliberalen Fraktion. „Wir sind froh darüber, dass der Ständerat als Zweitrat das Geschäft nochmals kräftig nachbessern kann“.